



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Wir sichern Zukunft!

„Kraftakt“ zur Haushaltskonsolidierung

Die Bundesregierung hat in der Haushaltspolitik die Weichen neu gestellt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik liegt mit dem Zukunftspaket nun ein langfristiges Konzept vor, wie Schulden zurückgeführt und die Staatsfinanzen des Bundes konsolidiert werden können.

Mehr als 80 Milliarden Euro sollen in den Jahren 2011 bis 2014 eingespart werden. Damit werden den Anforderungen des Euro-Stabilitätspaktes und der Schuldenbremse des Grundgesetzes Rechnung getragen. Union und FDP setzen mit dem Sparpaket Prioritäten für die Zukunft des Landes und die Chancen seiner Bürger. So bleiben Investitionen in Bildung und Forschung unangestastet.

Dieses Sparpaket ist besser als sein Ruf, weil es zu einer angemessenen Aufteilung des Einsparvolumens gekommen ist. Durch die Abschaffung von Ausnahmen bei der Ökosteuer für energieintensive Unternehmen, die Einführung einer nach ökologischen Kriterien gestaffelten Luftverkehrsabgabe und eine neue Brennelementesteuer für Kernkraftwerke wird die Wirtschaft mit fünf Mrd. Euro beteiligt. Zudem wird auch der Bankensektor seinen Beitrag zu leisten haben: Durch eine Bankenabgabe, mit der ein Krisenfonds für künftige Stabilisierungsmaßnahmen angespart werden soll und durch eine Finanztransaktionssteuer, die wir auch im europäischen Alleingang einführen werden, wenn die internationalen Verhandlungen scheitern sollten.

Auch Einsparungen im Sozialbereich waren unvermeidbar, denn auf diesen Bereich entfallen 50% der gesamten Bundesausgaben. Besonders kritisiert wird dabei die Streichung des Rentenzuschusses für Langzeitarbeits-

lose. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich durch diese Zahlung bislang der Rentenanspruch der Betroffenen nur um 2,09 Euro pro Monat steigerte. Umso wichtiger ist es, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Die jetzt geplante Job-Center Reform bietet hierfür die notwendigen Voraussetzungen. Bei der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger handelt es sich um die Rücknahme einer temporären Hilfe, die gewährt wurde, als vor einigen Jahren die Heizkosten explodierten. Das von der Union eingeführte Elterngeld war stets als Lohnersatzleistung gedacht, um arbeitenden Eltern die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Daher war die seinerseits von der SPD durchgesetzte Zahlung auch an Eltern, die Hartz IV-Leistungen erhalten, ein Systembruch. Im Übrigen werden bis zum Jahresende die Hartz IV-Bedarfssätze für Kinder überarbeitet. Nach allen Prognosen wird es dabei zu einer Steigerung der Mittel für Bildung kommen. Zudem wird das Elterngeld von 67 Prozent des Nettoverdienstes auf 65 Prozent zurückgefahren. Dies ist für die Eltern zwar ein Einschnitt, das Prinzip des Lohnersatzes für 12 bzw. 14 Monate wird aber nicht angetastet.

Natürlich bedeuten Einsparungen im Sozialbereich immer Härten für die Menschen, die die Leistungen erhalten. Aber gerade weil die Sozialausgaben 50% des Bundeshaushaltes ausmachen, können sie kein Tabu sein. Wenn ein Land die Hälfte der Staatsausgaben für soziale Aufgaben ausgibt, kann kaum von unsozialer Politik gesprochen werden. Nach der Sommerpause wird das Parlament mit den Beratungen über die Regierungsvorschläge beginnen. Dabei wird auch über Korrekturen an einzelnen Details zu beraten sein. Insgesamt weist der Vorschlag aber in die richtige Richtung!

Kosovo-Mission erfolgreich

In dieser Woche hat das Parlament die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) beschlossen. Dieser Einsatz hat maßgeblich zur Verbesserung der Sicherheitslage beigetragen. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist die Lage im Kosovo stabil. Seit dem vergangenen Jahr können wir unsere Soldatinnen und Soldaten verstärkt für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Kosovo einsetzen und nun gemeinsam mit unseren Verbündeten die Missionsstärke deutlich verkleinern. Das Mandat sieht deshalb eine Reduktion der Obergrenze der Kräfte der Bundeswehr von 3500 auf 2500 vor. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, das Kosovo so zu unterstützen, dass es ohne ausländische Truppen für seine Sicherheit sorgen kann. Trotz solider Wachstumsraten ist das Kosovo noch immer das wirtschaftliche Schlusslicht in Europa und muss enorme Herausforderungen bewältigen. Korruption und organisierte Kriminalität bleiben zentrale Probleme des jungen Staates.

Einschränkung der Religionsfreiheit in der Türkei ist inakzeptabel

Eine Delegation der Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche die Türkei besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der christlichen Minderheit zu machen. Gespräche mit Vertretern fast aller Konfessionen zeigen, dass die Religionsfreiheit in der Türkei nicht im vollen Umfang gewährt wird. Besonders drastisch sind die Einschränkungen für die religiösen Minderheiten. So ist den Kirchen etwa die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses verboten. Gleiches gilt für das Unterrichten der eigenen Sprache. So dürfen beispielsweise die syrisch-orthodoxen Christen keinen Unterricht in Aramäisch, der Sprache Jesu Christi anbieten. Die gravierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit in der Türkei sind nicht akzeptabel und müssen im Rahmen unserer wertegeleiteten Außenpolitik auch mit den Vertretern der türkischen Regierung besprochen werden.

Aufschwung gewinnt an Fahrt

Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Das

Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Zeitraum April - Juni ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.

Arbeitslosigkeit erneut zurückgegangen

Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen.

Verbot ungedeckter Leerverkäufe bekommt gesetzliche Grundlage

Abwärtsbewegungen an den Finanzmärkten können mit ungedeckten Leerverkäufen stark an Dynamik gewinnen. Mit dem Verbot durch die deutsche Finanzaufsicht BaFin Mitte Mai 2010 haben wir nicht nur national, sondern auch international ein starkes Zeichen gesetzt. Jetzt heißt es, dem Verbot ungedeckter Leerverkäufe eine gesetzliche Grundlage zu geben. Dass sich der Staat zu Beginn dieses Jahrtausend nicht hinreichend um die Regulierung der Finanzmärkte gekümmert hatte, bescherte uns erst die schwere Krise, die wir seit zwei Jahren meistern müssen. Das Primat der Politik muss ohne jeden Zweifel jetzt auch wieder im Finanzmarkt gelten. Die Soziale Marktwirtschaft fordert schließlich einen festen Ordnungsrahmen für unser gesamtes Wirtschaftshandeln. Der von der christlich-liberalen Regierungskoalition eingebrachte Gesetzentwurf zum Verbot ungedeckter Leerverkäufe setzt daher ein wichtiges Signal für einen handlungsfähigen Staat.